

Autonome Sperrung von Potentatengeldern

Das bestehende Rechtshilfegesetz soll ergänzt werden, damit die Schweiz von sich aus Gelder sperren kann. In Fällen wie Mobutu oder Duvalier wären damit schweizerische Rückführungsinitiativen nicht mehr völlig vom politischen Willen der Herkunftsländer abhängig. Anfang 2010 soll ein erster Entwurf in die Ämterkonsultation gehen.

Max Mader

Einige wichtige Schwachstellen des Rechtshilfegesetzes (IRSG) sollen behoben werden. So wird die Verjährungsfrist für die Straftaten der Korruption heraufgesetzt und läuft nicht mehr vom Tatzeitpunkt an, sondern erst vom Rücktrittszeitpunkt der Täter von ihren Ämtern. Anwendbar ist das Gesetz neu auch auf Mitglieder privater Firmen. Damit wäre auch korrupten Bankern wie z.B. dem indonesischen Duo Salim und Noele einfacher Einhalt zu gebieten, die sich persönlich bereichern und Gelder in die Schweiz verschieben.

Wie bisher ist eine formlose Absichtserklärung des Herkunftsstaates nötig, das Geld zurückzuverlangen. Die Beweislastumkehr bei begründetem Verdacht auf Korruption diene in den Fällen Duvalier und Mobutu als Notbremse gegen das Zurückfliessen der Gelder an die Täter. Diese Massnahme soll nun gesetzlich verankert werden. Das Gesetz ermöglicht eine unbefristete Blockierung aufgrund eines schweizerischen Gerichtsurteils. Der Herkunftsstaat bleibt aber nach wie vor Eigentümer des Geldes. Die Schweiz besitzt damit das Geld nur vorübergehend und die Rückführung wie die Verwendung und die Kontrolle bleiben Sache der diplomatischen Aushandlung.

Die federführende Behörde des EDA will damit einer seit 2004 bewährten Praxis eine robustere gesetzliche Grundlage geben. Denn das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist mit der bisherigen provisorischen Blockierung von Geldern nur bedingt zu vereinbaren. Mit dem neuen Gesetz will man Fluchtgelder rechtzeitig und lange genug blockieren können, aber das Eigentumsrecht und die souveräne Entscheidung des Herkunftslandes über die Verwendung respektieren.

Aktion Finanzplatz Schweiz hat diesen April zusammen mit Brot für Alle und TRIAL (Track Impunity Always) ein Empfehlungspapier zu Details des Entwurfs eingereicht und schon zu diesem frühen Zeitpunkt die jahrelange Erfahrung der Nichtregierungsorganisationen eingebracht. AFP, BfA, Fastenopfer, Transparency International Schweiz und TRIAL haben das Empfehlungspapier unterzeichnet. Sie sind einverstanden mit dem Konzept der autonomen Sperrung, sehen aber bei der Rückführung, Verwendung und Kontrolle Konkretisierungsbedarf.